

# Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr nichts.  
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III  
Telephon: Amt Königsplatz, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Zehms, Berlin O 27, Andreasstr. 61 III, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt: Rührende Sorge um den Verband. — Unter dem Burgfrieden. — Was soll das werden? — Aus der Textilindustrie des Auslandes (II). — Soziales. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefkasten. — Verbandsanzeigen.

## Rührende Sorge um den Verband.

Zahlreich sind die Zuschriften, die im Felde stehende Kollegen an Kollegen ihrer früheren Ortsverwaltung senden und in denen sie sich um Fragen der Organisation, besonders darum kümmern, ob auch die zurückgebliebenen Mitglieder alles tun, um die Organisation als scharfe Waffe für den wirtschaftlichen Kampf zu erhalten. Und trostlos sind sie, wenn sie vernehmen müssen, daß in den Reihen der Zurückgebliebenen Lücken der Fahnenflüchtigen klaffen. Bitter schreibt ein Kollege über diese Trennsosen:

„Sie sollten doch einmal an die Familien denken, die ihre Ernährer im Felde verloren haben. Wahrlich, ich gönne niemand etwas Schlechtes, auch meinem Feinde nicht; aber wenn das so ist, wie Du mir klagst, daß diese Kollegen nicht einmal 20 Pf. Extrabeitrag für ihre Kameraden, die für sie bluten müssen, und für die arbeitslosen Mitglieder, die Not leiden, in der Woche übrig haben, dann wünsche ich ihnen, daß sie einmal das, was wir durchmachen, erdulden müßten. Ach, lieber Freund, so manche Familie hat ihren Ernährer verloren! So manchen braven Kameraden, darunter auch Kollegen unseres Verbandes, habe ich mit beerdigen helfen müssen, der Vater von 5, 6 Kindern war. Uns allen standen dabei die Tränen in den Augen. Glaube mir, ich würde gern jede Woche 5—6 Mark extra in die Verbandskasse steuern, wenn ich anstatt hier, zu Hause sein könnte . . . .“

Sollte ich das Glück haben, gesund in Eure Mitte zurückzukehren, dann werde ich unseren Kollegen schon sagen, wie sie gesündigt haben.

Daß Du mir die Verbandszeitung immer zuschickst, freut mich sehr.“

Wir wünschen dem braven Brieffschreiber, daß er gesund erleben möchte, wie gut seine Mahnung aus dem Felde auf die Standhaftigkeit der Daheimgebliebenen gewirkt habe.

### Unter dem Burgfrieden.

An unsere Ortsverwaltungen und Mitglieder!

Da es einzelne Unternehmer auch in der jetzigen schweren Zeit nicht unterlassen können, Arbeiter aus wichtigen Gründen auf die Straße zu werfen, hat der Vorstand beschlossen: vom 1. April 1915 an wird die **Gemäßregelung** der Unterstützung wieder vom Verband gezahlt. Unterstützung wird nur gezahlt, wenn die Entlassung vom Zentralvorstand als Maßregelung anerkannt ist.

Die Unterstützung wird nach folgenden Sätzen gezahlt:

	Klasse				für Tage
	II 80 Pf.	III 40 Pf.	IV 50 Pf.	V 60 Pf.	
Bis zu 25 Beiträgen . .	1,—	1,20	1,35	1,50	60
Von 26—51 Beiträgen . .	1,20	1,35	1,50	1,70	70
52 Beiträge und mehr . .	1,50	1,70	2,—	2,25	80
Für jedes Kind pro Woche	—,75	—,75	1,—	1,—	—

#### Der Zentralvorstand.

Die vorstehende Bekanntmachung zeigt, daß sich die Einführung einer Unterstützung notwendig gemacht hat, die eigentlich in der Zeit des Burgfriedens nicht nötig sein sollte, die aber nötig ist, um als Schutz zu dienen jenen Kollegen und Kolleginnen, die, im Auftrage ihrer Mitarbeiter und -arbeiterinnen oder im Auftrage einer Versammlung von Kollegen und Kolleginnen handelnd, die Interessen der Arbeiterschaft im Lohn- und Arbeitsverhältnis wahrzunehmen haben. Seit einiger Zeit mehrten sich die Klagen über rücksichtsloses Vorgehen mancher Unternehmer bei der Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und über die Maßregelung von Mitgliedern, die den Auftrag hatten, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Der Vorstand veranstaltete daher eine Rundfrage bei den Ortsverwaltungen, um in Erfahrung zu bringen, wie die Unternehmer in der Zeit des Burgfriedens mit ihren Arbeitern verfahren. Diese Umfrage hat bestätigt, was wir schon immer gesagt und geschrieben haben, nämlich, daß es eine große Täuschung ist, wenn man annimmt, der Krieg sei ein sozialer Erzieher, er habe Arbeiter und Unternehmer näher zusammengebracht, er habe die Unternehmer toleranter gestimmt und sie veranlaßt, im Arbeitsverhältnis mehr Gerechtigkeit walten zu lassen wie bisher. Neben einer größeren Zahl von Orten, wo nur einzelne Maßregelungen vorgekommen sind, macht uns die Umfrage auch Orte namhaft, wo, wie in Stuttgart 8 Maßregelungen usw. zu verzeichnen sind.

Diese Umfrage, insbesondere aber die Berichte, die über einzelne Fälle von Maßregelungen, wie auch über das Vornehmen von Verschlechterungen der Löhne und Arbeitsbedingungen mit eingelangt worden sind, alles dieses läßt so recht klar erkennen, wie unbegründet die sonderbare Schwarmgeisterei ist, die sich in der letzten Zeit sogar in sozialdemokratischen Versammlungen und in der sozialdemokratischen Arbeiterpresse, hinsichtlich der Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in

Deutschland, unter besonderer Berücksichtigung ihrer Wirkung auf die Rechts- und Lebensverhältnisse des arbeitenden Volkes, breit machte. Wir haben immer unseren Kopf geschüttelt, wenn wir die mehr oder weniger schön stilisierten Prophezeiungen gelesen haben. Das alles, was man uns da erzählte und noch immer erzählt, was sich da angeblich mit „Naturnotwendigkeit“ in politischer wie sozialer Beziehung Gutes für die deutschen Arbeiter aus dem gegenwärtigen Kriege ergeben soll, alles das betrachten wir nicht einmal als einen Wechsel auf die Zukunft; sondern als das Produkt der Phantasie optimistischer Dumpgenies, die schon in Entzücken versetzt werden, wenn sie ein leeres Wechselformular sehen. Wer mit seinen Betrachtungen der gegenwärtigen Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht an der Oberfläche haften bleibt, der muß zugeben, daß zu solcher Schwarmgeisterei nicht die geringste Ursache vorhanden ist; diese Schwarmgeisterei vielmehr nur lähmend wirkt auf die Widerstandskraft der Arbeiter in der Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen und, nebenbei gesagt, politischen Interessen. Wäre es wahr, was die Schwarmgeister behaupten, wäre durch den Krieg wirklich eine neue, bessere Periode in den Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern eingeläutet worden, dann müßte doch zum mindesten jetzt, während des Krieges, wo die Millionen Proletarier auf den Schlachtfeldern ihr Leben für die Verteidigung des Landes einsetzen, von den Unternehmern alles getan werden, um den Arbeitern keinen Grund zur Klage über Reduzierung der Löhne und rigorose Behandlung zugeben. Wir wissen es: die Regierung will, daß das Arbeitsverhältnis jetzt so beschaffen sein soll, daß die Arbeiter keinen Grund zur Klage haben. Aber leider halten sich viele Unternehmer nicht an die stillschweigenden Vereinbarungen des Burgfriedens, sondern nehmen rücksichtslos ihren Profitstandpunkt ein. Sie betrachten die Kriegszeit keineswegs als Zeit, in der es nötig ist, in gar mancher Beziehung den Pfad des Eigeninteresses im Interesse der Gesamtheit oder im Interesse der bei ihnen beschäftigten Arbeiter um ein Loch zurückzufrieden, sondern sie betrachten den Krieg mit seiner Beschränkung der freien Meinungsäußerung als eine günstige Periode zur Wahrung ihres Profitinteresses. Da kommt man keine Rücksicht; da weiß man nichts, daß wir in dem fürchterlichsten Kriege stehen, den die Geschichte der Menschheit zu verzeichnen hat. Hat man doch in Bittau in einem Betriebe die Kündigung aufgehoben, um um so leichter Frauen abzugeben zu können, deren Männer für Deutschlands Selbständigkeit im Felde stehen!

Nach dem „Berliner Tageblatt“ soll der gegenwärtige Krieg ein sozialer Erzieher sein. Er soll die Unternehmer toleranter gestimmt haben gegen ihre Arbeiter. Nun, davon ist aber so gut wie nichts zu bemerken. Das kapitalistische Interesse nimmt nach wie vor die Stelle

ein, welche nach dem „Berliner Tageblatt“ die Toleranz einnehmen sollte.

Es ist auch von sozialer Erziehung im Sinne des „Berliner Tageblattes“ keine Spur vorhanden. Bei der Firma Wilhelm Dehnert, Färberei und Appreturanstalt in Wittweida, nahm man wegen Arbeitsmangel Arbeiterentlassungen vor. Unter den entlassenen Arbeitern befand sich einer, der schon über 30 Jahre, und ein anderer, der gar schon über 40 Jahre bei der Firma beschäftigt war. Nun ist ja Arbeitsmangel nach den Rechtsanschauungen der kapitalistischen Ordnung ein berechtigter Grund zur Existenzlosmachung von Arbeitern. Aber man sollte meinen, nachdem die Firma Militärartikel zum Färben bekam und wieder Arbeiter einstellte, es doch schon die Dankbarkeit, wenn nicht die Menschenpflicht, erfordert hätte, die zwei Männer, von denen der eine 61, der andere 67 Jahre alt ist, wieder einzustellen, da sie doch schon ein durchschnittliches Menschenalter der Firma die Arbeitskraft zur Verfügung gestellt haben. Aber auch hier hat das kapitalistische Interesse die Toleranz erstikt. Die zwei Männer haben im Jahre 1912 mit ihren Kollegen solidarisch im Streik gestanden, was die Firma arg verchnupft haben soll; sie war der Meinung, diese beiden alten Leute hätten damals im Betriebe bleiben müssen. In den Arbeiterkreisen Wittweidas herrscht nun die Ansicht vor, jene Beteiligung am Streik sei die Ursache dafür, daß die beiden langjährigen Arbeiter nicht mehr eingestellt werden. Sollte dies zutreffen, so wäre das eine Handlung, für die uns jetzt unter dem Burgfrieden die Möglichkeit genommen ist, sie nach Gebühr zu charakterisieren.

In Stuttgart kündigte die Firma Gutmann u. Marx unserem Vertrauensmann, weil sich die Arbeiter den Wegfall des Ueberstundenzuschlages bei Kriegsausbruch nicht gefallen lassen wollten. Auf Grund einer Notiz in der Presse drohte sie mit der Entlassung aller Organisierten. Die Freudigkeit der Arbeiter zum Dienste für das Vaterland „steigerte“ die Firma dadurch, daß sie zu einigen unserer Kollegen, die zum Militärdienst einrückten, bedeutete: „So, wir sind fertig miteinander.“

Die Firma Auberlen-Ostertag in Stuttgart entließ die einzige organisierte Arbeiterin, deren Mann im Felde steht und die zwei Kinder zu versorgen hat. Als Grund der Entlassung wurde den anderen Arbeiterinnen gegenüber angegeben, die Entlassene habe vor und nach Weihnachten nicht bis 8 Uhr, sondern nur bis 7 Uhr Ueberstunden gemacht. Die Arbeiterin hatte sich das aber ausbedungen, weil sie ihre Kinder versorgen mußte.

Die Firma Lang u. Bumiller in Stuttgart entließ eine Arbeiterin, weil sie organisiert war und an einer Versammlung arbeitsloser Mitglieder teilgenommen hatte, die beschloß, die Namen der Firmen zu veröffentlichen, welche ihre Arbeiter ohne Kündigung weggeschickten und trotz Aufforderung durch die Organisation nichts bezahlten.

Unser Vertrauensmann im Betriebe der Firma Kübler u. Co. in Stuttgart wurde entlassen, angeblich wegen „Sexerei“.

Wie aus den Äußerungen von Meistern und Direktorinnen zu entnehmen war, wurden bei der Firma Schöber in Stuttgart die Personen am härtesten von dem Aussetzen betroffen, die organisiert waren.

In neuester Zeit wenden manche Unternehmer ein Mittel der Maßregelung an, welches noch viel verurteilenswerter ist, wie das Mittel der Entlassung. Wir erinnern uns, vor einiger Zeit recht entrüstete Artikel in der deutschen bürgerlichen Presse gelesen zu haben, darüber, daß in England die Unternehmer ihre männlichen Arbeiter brotlos machen, um sie zu zwingen, sich in die Armee Kitcheners anwerben zu lassen. Eine solche Erpressung ist zweifellos eine verwerfliche Handlung. Aber wir haben wahrlich in Deutschland keine Ursache, entrüstet gegen die englischen Unternehmer zu sein; bei uns gibt es auch Unternehmer, die Handlungen begehen, wie die vorstehend erwähnten bei den englischen Kapitalisten. Ja, die Handlungen unserer Kapitalisten sind noch verwerflicher, denn sie werden vorgenommen aus Gründen des kapitalistischen Eigenntums. Schon vor einigen Wochen wurden Fälle aus der Metallindustrie bekannt, wo Unternehmer die Zurückstellung ihrer Arbeiter vom Militärdienst dazu benutzten, diese Arbeiter zugunsten der Verschlechterung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen gefügig zu machen. Es wurde berichtet, daß man den vom Militärdienst zurückgestellten Arbeitern, die sich eine lohnendere Arbeitsstelle suchen wollten, damit gedroht habe, daß sie, wenn sie die Arbeit aufgeben würden, sofort in den Schützengraben müßten. Die Metallarbeiter haben sich gegen diese schimpfliche Behandlung, die Verteidigung des Vaterlandes als Bestrafung wirken zu lassen, dafür, daß der Arbeiter bestrebt ist, seine Arbeitskraft vorteilhafter zu verkaufen, ganz entschieden zur Wehr gesetzt, und es ist in Berlin jetzt auf Anregung der Feldzeugmeister eine Vereinbarung zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiterverband getroffen worden, wonach ein Kriegsausgleich für die Metallbetriebe Groß-Berlins eingeleitet worden ist, der in Tätigkeit tritt, wenn es nicht gelingt, Streitigkeiten innerhalb des Betriebes beizulegen. Damit ist den Unternehmern der Berliner Metallindustrie die Möglichkeit genommen, den Militärdienst ihrer Arbeiter als Mittel zu benutzen, die Arbeiter an der vorteilhafteren Verwendung der Arbeitskraft zu hindern.

Nun wird bekannt, daß auch in unserer Industrie Unternehmer sind, die sich dieselben Handlungen zuschulden kommen lassen wie die Unternehmer in der Groß-Berliner Metallindustrie. Vor uns liegt die Abschrift einer Eingabe unseres Gauleiters Kollegen Edel in Kassel an das Generalkommando des 11. Armeekorps, in welcher über Kasseler Webereien Beschwerde geführt wird. Es wird in dieser Eingabe auf die geringe Entlohnung verwiesen, sowie darauf, daß die Kasseler Textilindustriellen ausnahmslos viele Arbeiter, die im Betriebe schwer abkömmlich sind, bei der Militärbehörde um Zurückstellung vom Militärdienst reklamiert und auch mit der Verpflichtung freibekommen haben, eventuelle Austritte Reklamierter aus der bisherigen Arbeit der Militärbehörde mitzuteilen, weil dann der Grund für die Reklamation hinfällig geworden sei. Im Anschluß hieran heißt es wörtlich:

„Die Firma Salzmann u. Co. in Bettenhausen benutzte diesen Umstand, um einen nach unserer Auffassung unzulässigen Druck auf die Lohnhöhe der in Betracht kommenden Arbeiter auszuüben. . . . Lohnerhöhungen werden in der Regel abgewiesen, und wenn dann den Arbeitern (infolge der jetzt enorm verteuerten Lebenshaltung. D. R. d. „X.“) nichts anderes übrigbleibt, als sich nach anderer und besser lohnender Arbeit umzusehen und zu kündigen, so wird ihnen von Vorgesetzten der Firma gesagt: „Wenn Sie hier aufhören, so machen wir dem Bezirkskommando Mitteilung und die Folge ist — Sie müssen zum Militär.“

Das ist allerdings ein starkes Stück. Hier müßte doch die Militärbehörde sofort einschreiten, denn wir können uns keine schlimmere Untergrabung des Pflichtbewußtseins der Soldaten denken, wie diese Handlung Vorgesetzter der Firma Salzmann u. Co. Man bedenke nur, daß im Jahre 1913 bei dieser Firma in ihrem Kasseler Betriebe der Durchschnittsverdienst pro Arbeiter und Jahr nur 816,26 Mk. betrug. In den Filialbetrieben der Firma, die außerhalb Kassel liegen, ist der Verdienst noch geringer. In der Eingabe, die datiert ist vom 1. Februar 1915, wird mitgeteilt, daß für die Firma Salzmann u. Co. in Kassel die Mechanische Weberei A.-G. in Bielefeld mit Zellbahnstoffen belegt ist, für die dort ein Weblohn von nur 4 1/2 Pf. pro Meter gezahlt wird, anderwärts wird für diese Arbeit 7, 8 und 9 Pf. pro Meter gezahlt.

Für die Firma Baumann u. Lederer in Kassel wird in dem Betriebe der Firma Tameling u. Stöwe in Barel (Oldenburg) Zellstoff hergestellt, für dessen Herstellung dort pro Stück von 91 Meter Länge 2,60 Mk. gezahlt werden. In ihrem Kasseler Betriebe würde die genannte Firma für dasselbe Stück 7,83 Mk. Weblohn zahlen müssen. Der Weblohn in Barel beträgt also nur ein Drittel des Weblohnes in Kassel. Ist das nicht himmelfreiend!

Die Firma Fröhlich u. Wolf in Kassel setzte schon im November 1914 die Rahlöhne für Militärläden von 6 auf 5 Pf. herab. Als Begründung wurde angegeben, die Näherinnen verdienten zuviel. Diese hatten aber wochentags täglich 12—13 Stunden und an manchen Sonntagen 5—6 Stunden gearbeitet.

Am 22. Februar 1915 sandte unser Kasseler Gauleiter eine zweite Beschwerde an das Generalkommando des 11. Armeekorps, trotzdem er auf die erste Eingabe noch keine Antwort hatte. In dieser zweiten Eingabe sind Angaben über Löhne gemacht, die dazu zwingen, bekannt zu werden. Es heißt da:

Für die Militärverwaltung werden bei der Firma Salzmann u. Co. in Einbeck Brotbeutelstoffe hergestellt. Die Entlohnung der Weber in Einbeck entspricht nicht den Löhnen, welche bei der Firma in ihrem Hauptbetrieb in Bettenhausen gelten. Für die Stoffe müssen laut Lohnvertrag in Bettenhausen bei einer Breite von 62 Zentimeter und Bedienung von einem Stuhl 7, bei Bedienung von zwei Stühlen 6 Pf. Weblohn pro Meter, bei einer Breite von 92 Zentimeter 7,75 bzw. 6,75 Pf. gezahlt werden. In Einbeck wird für die gleiche Arbeit, ohne Rücksicht darauf, wieviel Stühle der Weber bedient, bei einer Breite von 62 Zentimeter nur 3,45 Pf. und für die gleiche Arbeit 92 Zentimeter breit, 4,50 Pf. Weblohn gezahlt. Die Lohndifferenz ist also ganz erheblich.

Die Frauen, welche in der Spulerei in Einbeck beschäftigt werden, werden teilweise erheblich im Lohn benachteiligt. Einer Kategorie der Spulerrinnen, der der Lohn zu niedrig erschien, wurde derselbe von 68 auf 73 Pf. erhöht, einer anderen Kategorie dagegen von 1,07 Mk. auf 73 Pf. herabgesetzt. Es handelt sich in beiden Fällen um Baumwolle 10/2fach feldgrau, pro 50 Pfund englisch Gewicht. Diese Lohnregulierung brachte der einen Gruppe der Spulerrinnen 5 Pf. Zulage, der anderen Gruppe 34 Pf. Abzug und der Firma Salzmann u. Co. 29 Pf. Gewinn am Arbeitslohn für je 50 Pfund Garn.“

Ueberstunden- und auch Sonntagsarbeit muß von den Spulerrinnen in Einbeck ohne den anderwärts üblichen Lohnaufschlag gemacht werden.

Weiter heißt es in der Eingabe vom 22. Februar 1915: „Erhebliche Lohndifferenzen hat die Firma Salzmann u. Co. in Bettenhausen bei den Näherinnen und Hilfsarbeitergruppen herbeigeführt. Die Lohnherabsetzungen sind hauptsächlich vorgenommen worden bei der Herstellung von Brotbeuteln für die Militärverwaltung. Die nachstehend angeführten Löhne gelten immer für 100 Stück. Die Löhne von einst und jetzt verhalten sich folgendermaßen zueinander:

Table with 4 columns: für, bisheriger Lohn, jetziger Lohn, Prozent Lohnabzug. Rows include: Eden und Ringe, Deckelaufnähen, Deckelsäumen, Deckelstrippen, Strippengarnitur, Tragbänderkappen, Strippengarniturwalzen, Scheuerlederarmähen, Edenklopfen, Knopflöcher, Zellwolltaschen, Lederabschneiden.

Für das Brotbeutelnähen sollte der Lohn von 12,50 Mark auf 10,10 Mk. herabgesetzt werden, das ist jedoch durch die strikte Ablehnung der Näherinnen vereitelt worden.“

Für das Lederabschneiden an den Rückteilen der Brotbeutel betrug der Lohn bisher 25 Pf. für 200 Stück; jetzt ist er auf 15 Pf. herabgesetzt. In der Nieterei fiel der Lohn für 100 Stück in folgenden Abzügen: von 2,50 Mk. auf 2,—, 1,80, 1,50 und jetzt auf 1,10 Mk. Die herabgesetzten Löhne treten auch immer sofort in Kraft. Wir können uns nicht denken, daß die Militärverwaltung die Preise so gedrückt hat, daß die Löhne in der unerhörten Weise reduziert werden mußten. Es muß vielmehr angenommen werden, daß hier die Firmen ein ganz unverantwortliches Spiel mit den Arbeitern treiben und daß es daher notwendig wird, daß sich die Arbeiter mehr denn bisher gegen diese den Burgfrieden störenden Unternehmer zur Wehr setzen; namentlich dann, wenn die Behörden, die von den Arbeitern angerufen werden, wenig oder gar nichts unternehmen, um den so bedrängten Arbeitern beizustehen. Das Verfahren der Militärbehörde ist in den meisten Fällen ein zu unständliches, so daß die Arbeiter nicht damit bestehen können. Die Arbeiter müssen daher ihre Sache wieder mehr selbst in die Hand nehmen, und dazu soll ihnen die Gemahregelunterstützung den nötigen Rückhalt geben. Wenn die Unternehmer, die an den Militärlieferungen ein schweres Geld verdienen, so rücksichtslos gegen die von der enormen Teuerung bedrängten Arbeiter vorgehen, dann ist es ganz selbstverständlich, daß sich die letzteren zur Abwehr stellen müssen. Deshalb ist es aber auch nötig, daß jetzt die Einnahmen des Verbandes mehr zu Zwecken verwendet werden, durch welche den Mitgliedern bei der Wahrnehmung ihrer Interessen im Arbeitsverhältnis Hilfe geleistet wird, anstatt sie für Unterhaltungen hinauszugeben, die nur Nebenzwecke der Gewerkschaften sind.

Eine kleine Auslese aus dem umfangreichen Material, das uns die Umfrage über die Maßregelungen unter dem Burgfrieden eingebracht hat, konnten wir hier nur geben, um zu zeigen, daß es nicht an den Arbeitern liegt, wenn sich die Zustände im Arbeitsverhältnis hier und dort verschärfen. Wenn die Behörden zugunsten der Arbeiter einschreiten, dann soll es uns sehr freuen, wenn die Organisation nicht in Aktion zu treten braucht. Aber so, wie es in der letzten Zeit gegangen ist, so geht es nicht mehr weiter. Die Arbeiter haben ein Recht darauf, daß man ihnen, die am schwersten unter den ungünstigen Lebensverhältnissen leiden, nicht noch durch solche unerhörte Lohnreduzierungen der Lebensnerv abschürt. Die Notwendigkeit der Wiedereinführung der Gemahregelunterstützung ist ein deutliches Zeichen dafür, daß manche Unternehmer nur ihr Profitinteresse wahren lassen und auf den Burgfrieden pfeifen. Die organisierten Arbeiter wissen jetzt, was sie zu tun haben, um die eigenen Interessen besser zu wahren. Natürlich darf nicht jedes Mitglied auf eigene Faust handeln, sondern nur, wenn es den Auftrag von der Organisation, d. h. von der Ortsverwaltung oder von einer durch diese einberufene Versammlung hat. Wer sich daran nicht hält, kann Ansprüche an die Gemahregelunterstützung nicht stellen. Nur Besonnenheit, Mut und Treue des einzelnen werden ihn und die Gesamtheit vorwärts bringen.

Was soll das werden?

⚡ Außerordentlich ernste Besorgnisse um die nächste Zukunft unseres Volkes erfassen den deutschen Volkswirtschaftler. Die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes ist von kalt rechnenden feindlichen Regierungen bedroht und gezwungen, neue Wege zu wandeln; Wege, die, wenn sie nur erst fest geschlossen beschritten würden, den Hungerstrategen Englands einen bitteren Strich durch ihre Rechnung machen würden. Aber darin liegt ja gerade der Grund zu den ersten Besorgnissen, daß diese Wege nur zaghaft oder gar nicht betreten werden. Schon kurz nach Beginn des Krieges trat die Generalkommission der Gewerkschaften in Gemeinschaft mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei an die Reichsregierung mit Vorschlägen heran, die dazu dienen sollten, die Lebensmittelversorgung so planmäßig zu organi-

fieren, daß die vorhandenen Lebensmittel für jede Dauer des Krieges ausreichen sollten, ohne über alle Maßen verteuert zu werden. Das tat die Regierung nicht, obwohl das auch von bürgerlichen Publizisten verlangt wurde. Und diese Unterlassung beginnt nun immer eine Katastrophe nach der anderen auszulösen. Hätte die Regierung, wie vorgeschlagen, im zeitigen Herbst des Vorjahres sämtliche Getreide, sämtliche Mühlenfabrikate und sämtliche Kartoffeln und Futtermittel mit Beschlag belegt, dann konnte von vornherein mit den Lebensmitteln für Menschen und Vieh ganz anders disponiert werden. Man hätte dann zeitig genug in Erfahrung bringen können, welche Quanten dieser Lebensmittel vorhanden seien, und konnte nun Bestimmungen über recht rationelle Verwendung treffen. Es hätte dann auch die Viehwirtschaft vor solchen Erschütterungen bewahrt werden können, wie wir sie heute zum schweren Schaden für die nächste Zeit erleben. Denn wußte man, wieviel Kartoffeln wir geerntet haben, dann konnte man feststellen, wieviel zur menschlichen Ernährung notwendig waren und wieviel davon zu Futterzwecken für das Vieh zur Verfügung blieb. Sah man, daß für Futterzwecke, insbesondere für die Schweinemast, nicht genügend Kartoffeln vorhanden sein würden, dann ließ sich beizeiten bestimmen, daß die Schweinemast einzuschränken sei, und zwar nicht durch ein wahl- und sinnloses Abschachten der Tiere, unbekümmert um ihr Gewicht, sondern dadurch, daß für die Schweinemast ein Höchstgewicht der Tiere, sagen wir von 150, 180 oder 200 Pfund, festgesetzt wurde. Es wäre dann vermieden worden, daß zuviel Kartoffeln verfüttert wurden, ebenso aber auch, daß durch das Abschachten halber Schweine gerade die kleineren und mittleren Landwirte schweren Schaden erlitten. Aber dadurch, daß in dieser Beziehung nichts geschah, hat man bewirkt, daß bis Weihnachten 1914 und darüber hinaus die Mast schwerer Schweine betrieben wurde und im Januar 1915 dann der Ruf nach Abschachtung der Schweine erscholl, weil die Versorgung mit Kartoffeln nicht klappte. Es handelt sich bei diesem Verlangen um eine Sinnlosigkeit, die eben nur mangels jeder Organisation eintreten konnte. Zu was haben wir denn eine Regierung, zu was haben wir sie mit den weitgehenden Vollmachten ausgerüstet, wenn sie in einer so hochernsten Situation nicht das Richtige erfährt. Es nützt doch alle noch so schönen Lehrkurse und Kriegsernährungsborträge nichts, wenn nicht für die Beschaffung der Lebensmittel gesorgt wird, die da empfohlen werden. Die Regierung macht sich wahrscheinlich gar keine Vorstellung von der Entrüstung, die in nahezu allen Kreisen der Bevölkerung vorhanden ist. Das Volk will durchhalten, aber es muß nun schon gesagt werden, daß die Regierung durch ihr unentschlossenes Hin- und Herbürgen das Durchhalten so schwer wie nur möglich macht. Sehen wir uns einmal dieses Hin- und Herbürgen an. Zunächst kam viel zu spät die unzulängliche Maßnahme der Festsetzung der Höchstpreise für Getreide. Diese Höchstpreise waren dazu noch völlig unwirksam in bezug auf die Verhütung der Schröpfung der Konsumenten; ganz abgesehen von ihrer enormen Höhe. Eine Schröpfung der Brotkonsumenten hätte nur vermieden werden können, wenn auch Höchstpreise für Mehl und Brot festgesetzt wurden. Wie toll durch diese Unterlassung die Lebensmittelwucherer eingesetzt haben, um sich zu bereichern, das zeigt folgendes Rechenexempel der „Täglichen Rundschau“, eines bürgerlichen Blattes. Da wird gesagt: „Der Höchstpreis für Roggen beträgt 226 Mk. Da wird gesagt: In Fracht und Provisionen treten dazu bis zur Mühle Berlin 9—10 Mk. Demnach stellt sich der Roggenpreis in Berlin auf 236 Mk. Der Müller muß daraus ausmahlen 16 Zentner Mehl, dessen Preis zurzeit an der Berliner Produktenbörse mit 22 Mk. notiert wird; 16 mal 22 = 352 Mk. Ferner gewinnt er drei Zentner Kleie im Gesamtwert von 22,50 Mk. Demnach beträgt der Erlös des Müllers für Mehl und Kleie 374,50 Mk. Der Mahlohn stellt sich somit auf 111,50 Mk., wogegen er von der Kriegsgetreidegesellschaft in normaler Höhe mit 20 Mk. bemessen war. In der Provinz wird mit dem Mehl nicht in gleicher Weise gewuchert wie in Berlin, immerhin wird auch dort ein äußerst hoher Mahlohn berechnet. Man fragt sich: wie lange will die Reichsregierung noch einem solchen gefährlichen Treiben tatenlos zusehen?“

Daß die Regierung keine Maßregeln gegen dieses schamlose Treiben der Lebensmittelwucherer ergreift, liegt wohl daran, daß sie noch immer der irrigen Ansicht ist, die hohen Preise seien ein wirksames Erziehungsmittel zu sparsamer Wirtschaft. Mindestens 90 von 100 der Bevölkerung sind aber durch ihr niedriges Einkommen schon immer zu sparsamer Wirtschaft angehalten worden. Weite Kreise der Arbeiterschaft sind dann während des Krieges in ihrem Einkommen noch weiter geschmälert worden und sind wahrlich wirtschaftlich nicht so rosig veranlagt, daß sie durch Hungerpreise zu sparsamer Wirtschaft erzogen werden müßten. Das, was diese Bevölkerungskreise an Getreideprodukten verbrauchen, ist in der Regel das Mindestquantum, was sie haben müssen. Und wenn ihnen die Anschaffung dieses Mindestquantums so enorm verteuert wird — in Berlin kostet jetzt 1 Pfund Brot 25 Pf. —, dann schwächt diese Verteuerung des Brotes die Kaufkraft für andere Produkte und schädigt das Wirtschaftsleben der Industrie und damit wieder die Einkommensquelle der Arbeiter. Die Mehl- und Brotverteuerung hat natürlich auch die Verteuerung anderer Lebensmittel zur Folge gehabt. Man verweise die Verteuerung darauf, an Stelle der Getreideprodukte mehr Hülsenfrüchte und Kartoffeln zu konsumieren. Gut! Aber dann war es Pflicht der Regierung, diese Ersatzmittel zu beschlagnahmen und der Preissteigerung zu entziehen. Das tat sie nicht, und heute kostet das Pfund Erbsen oder Bohnen 50 bis 60 Pf. und mehr. Und wie steht es mit den Kartoffelpreisen? Hier ist noch mehr gesündigt worden wie bei den anderen Lebensmitteln. Auch hier kam keine Beschlagnahme im Herbst, und es kam viel zu spät die Festsetzung der Höchstpreise. Die Beschlagnahme hätte im Herbst erfolgen müssen, wenn verhindert werden sollte, daß eine Kartoffelnot eintrat. An sich kann man es den Landwirten nicht verdenken, daß sie ihre Produkte so vorteilhaft wie möglich absetzen wollen. Wir Arbeiter streben auch dahin. Nur wenn die Allgemeinheit durch solches Streben in Existenzgefahr kommt, geht die Existenz der Allgemeinheit der Existenz einzelner vor. Solange aber die Re-

gierung keine Beschlagnahme der Kartoffeln anordnete, mußte angenommen werden, daß hinsichtlich der Ernährung der Bevölkerung mit Kartoffeln keine Besorgnisse bestehen, und man kann daher keine Buerherabsichten darin erblicken, wenn viele Landwirte die Kartoffeln wie in anderen Jahren zur Schweinemast verwendeten. Man mag es beklagen, daß es so gekommen ist; wenn man aber gerecht sein will, muß man zugestehen, daß, solange keine andere Bestimmung mit gesetzlicher Wirkung getroffen ist, jeder, also auch der Bauer, mit seinem Eigentum machen kann, was er will. Daher verlangten eben Generalkommission und Parteivorstand die Beschlagnahme der Lebensmittel, um sie des Charakters als Privateigentum zu entkleiden und zum Eigentum der ganzen Gesellschaft zu machen. Solange die Kartoffeln Privateigentum sind, hat der Privateigentümer das Recht, mit ihnen zu machen, was er will. Die Bauern hatten im Herbst junge Schweine zur Mast eingestellt und dafür natürlich auch reichlich Kartoffeln in Mieten eingelagert; in vielen Fällen war die Einlagerung sogar sehr reichlich erfolgt, weil eben auch der Bauer befürchtete, im Frühjahr für sein Vieh mehr auf die Kartoffel angewiesen zu sein. Die Folge war, daß nun nach Neujahr die Kartoffeln für die menschliche Ernährung knapp wurden. Es war geradezu grotesk: die Redner, die auf die Bevölkerung losgelassen wurden, um über die Ernährung des Volkes im Kriege zu reden, stützten ihre ganze Ernährungstheorie auf die Kartoffel. Aber die Frauen, die in den Versammlungen „belehrt“ werden sollten, mußten solche „Belehrung“ geradezu als Verhöhnung betrachten, denn sie konnten mit Recht und voll Empörung rufen: „Ja, wo sind denn die Kartoffeln zu haben; wir bekommen ja nirgends welche.“ In Berlin fanden an verschiedenen Stellen förmliche Kämpfe um ein paar Pfund Kartoffeln statt. Wieder verlangten die Gewerkschaften und die Partei, die Regierung solle doch nun zur Beschlagnahme der Kartoffeln schreiten, um die menschliche Ernährung sicherzustellen, und wenn möglich, zu verhindern, daß die zur Mast angelegten Schweine halb- und noch darunter abgeschlachtet werden. Dazu hätte in allererster Linie gehört, die Futtermittel mit Beschlag zu belegen, die den Bauern als Ersatz für die Kartoffeln zur Verfütterung empfohlen wurden. Aber die Regierung ging wieder einen falschen Weg. Sie hörte auf jene, die da sagten, der Bauer verkaufe nur deshalb die Kartoffeln nicht, weil sie ihm zu billig seien; siehe man aber die Höchstpreise für Kartoffeln höher, dann werde er schon verkaufen. Gewiß, dem Bauern waren die Kartoffeln als Viehfutter zu billig im Verhältnis zu dem Preise, den er für die Futtermittel anlegen sollte, die ihm als Ersatz für die Kartoffeln empfohlen wurden. Kann man sich da wundern, daß der Bauer sich hütete, seine Kartoffeln zu verkaufen, um dann die erheblich teureren Ersatzfuttermittel zu kaufen? Man soll doch vor allem gerecht sein! Und wenn man gerecht ist, muß man anerkennen, daß ein Bauer, der 10 bis 20 Schweine zur Mast angelegt hat, ein wahrer Idiot sein müßte, wenn er Futtermittel, die er im Besitz hat, verkauft, um sofort Futtermittel, die erheblich teurer sind, zu kaufen. Das hätte sich doch auch die Regierung sagen können, und sie hätte davon Abstand nehmen müssen, die Höchstpreise für Kartoffeln hinaufzusetzen, ohne wenigstens vorher die Ersatzfuttermittel zu beschlagnehmen. Dadurch, daß sie das letztere nicht getan hat, bewirkte die Hinaufsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln sofort ein Hinaufstreben der Preise für Ersatzfuttermittel; weshalb letztere sich bekanntlich in wenigen kapitalistischen Händen befinden. Die Bauern wollten Kartoffeln verkaufen, wenn sie Ersatzfuttermittel in der Preislage der Kartoffeln bekommen. Sie telegraphierten an die Verkäufer dieser Ersatzfuttermittel um die Angabe der Preise.

Als sie aber die Preisgebote erhielten und sahen, daß die Ersatzfuttermittel inzwischen auch teurer geworden waren, so nahmen sie eben Abstand von dem Einkauf von Ersatzfuttermitteln, aber auch Abstand vom Verkauf der Kartoffeln, trotzdem die Höchstpreise ganz beträchtlich erhöht worden sind. Wir stehen deshalb heute noch ungunstiger da, wie vor der Hinaufsetzung der Höchstpreise; Kartoffeln sind nach wie vor knapp und sind erheblich teurer geworden. Verschärft wird die Skala mit noch dadurch, daß nur dem Produzenten und Kleinhändler Höchstpreise vorgeschrieben sind, nicht aber dem Großhändler. Dadurch kommt es, daß die Großhändler den Orten keine Kartoffeln zuführen, wo sie nicht von den Kleinhändlern Preise erhalten, die diese eigentlich erst vom Konsumenten fordern dürfen. In Berlin mußten aus diesem Grunde die Höchstpreise im Kleinhandel aufgehoben werden, weil sonst die Kleinhändler, die doch ihre Arbeit auch bezahlt haben wollen, keinen Handel betreiben. So ist es gekommen, daß, wie dem „Vorwärts“ berichtet wurde, bei manchen Händlern für 10 Pfund Kartoffeln 1,- Mk. bezahlt werden mußte.

Jetzt schreit man auch aus bürgerlichen Kreisen nach der Beschlagnahme der Kartoffeln, allerdings nicht allgemein. Es ist ganz unglücklich, aber wahr: Man sucht dem Bundesrat einzureden, die Höchstpreise für Kartoffeln noch weiter hinaufzurücken, um mehr davon für den menschlichen Bedarf verfügbar zu bekommen. Wir können gegenüber diesem unsinnigen und gefährlichen Vorschlage nur nochmals verlangen, die Beschlagnahme der Kartoffeln so bald wie möglich durchzuführen. Dabei muß jetzt natürlich die Frage mit gelöst werden: Wer trägt den Schaden der Landwirte für das Abschlagen der halbreifen Schweine?

Der Schaden ist nicht gering. Wenn heute ein mittlerer Landwirt 10 Schweine stehen hat, die jetzt durchschnittlich 50 Kilogramm wiegen, die aber in 10-12 Wochen 100 bis 120 Kilogramm Gewicht haben würden, so ist der Schaden ganz erheblich, wenn jetzt diese halbreifen Tiere abgeschlachtet werden müssen; ganz abgesehen von der schweren Schädigung der Allgemeinheit durch die Vernichtung der Quellen späterer Fleischversorgung. Schreitet die Regierung nun endlich zur Beschlagnahme der Kartoffeln, dann muß sie natürlich den Landwirten den Schaden für das frühzeitige Abschlagen der Schweine ersetzen.

Das alles wäre vermieden worden, wenn im Herbst die Beschlagnahme sämtlicher Körnerfrüchte, Kartoffeln und Futtermittel erfolgte. Wenn an Stelle der Regierung die Generalkommission der Gewerk-

schaften mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei gestanden hätten, dann wäre auch damals so verfahren worden. Es wäre durch die Erklärung der Körnerfrüchte, der daraus gefertigten Produkte, der Kartoffeln und sonstigen Futtermittel zu Gemeinseigentum festgestellt worden, wieviel von allem da ist, und es wäre zu gleicher Zeit festgestellt worden, wieviel Menschen und Tiere in der Gemeinschaft des Deutschen Reiches vorhanden sind. Nachdem dies geschehen, hätte man den Bedarf an Körnerfrüchten und Kartoffeln festgestellt und dann ermittelt, wieviel übrig bleibt zur Viehzucht und Viehwirtschaft. Es konnte dann von vornherein dafür gesorgt werden, daß nicht mehr Vieh angelegt wurde, wie Futtermittel dafür vorhanden waren. Es wäre dann wahrscheinlich vermieden worden, daß eine solche Futtermittelnot mit ihren, die ganze Volkswirtschaft schädigenden Beileitercheinungen eintrat. Man erkennt erfreulicherweise auch in der Landwirtschaft fast rückhaltlos an, daß es das Beste gewesen wäre, wenn die Regierung den Vorschlägen der obersten Instanzen der modernen Arbeiterbewegung gefolgt wäre. Denn die Landwirtschaft jetzt Futtermittelsorge ganz ungeheuer. Futtermittel sind schwer zu haben, das Vieh wird mager und verliert an Nutzungswert, aber auch an Wert als Schlachtvieh. Und die Fleischer und Viehhändler, die wissen diese Zwangslage trefflich für den eigenen Geldbeutel auszunutzen. Der Bauer muß das Vieh, das er dem Fleischer verkaufen will, oft förmlich bettelnd anbieten. Während die Fleischpreise beim Fleischer kolossal hoch sind, werden sie, besonders für Rinder, durch die Fleischer beim Bauer so weit wie möglich herabgedrückt. Bietet der Bauer dem Fleischer eine Kuh an, die an Fleisch und Wert verlieren würde, wenn er sie bei dem Mangel an Futter länger im Stalle behält, dann erhält er zur Antwort: Nein, jetzt nicht; in etwa 4 Wochen. In der Stadt, beim Fleischer, ist Kalbfleisch riesenhaft teuer, dem Bauer aber jenseit der Fleischer, wie wir feststellen konnten, wahre Spottpreise. Die Fleischer haben jetzt eine glänzende Zeit, besonders die, die Kapital haben, um Dauerverware herzustellen zu können. Der Bauer muß billig verkaufen, und die Konsumenten müssen teuer bezahlen. Und das alles ist die Folge der Gierigkeit und Halbheit, mit der die Regierung bei der Lösung der Frage der Volksernährung aufgetreten ist.

Wir wiederholen deshalb nochmals: Das Volk will in diesem Kriege durchhalten. Aber die Regierung soll endlich ihre bisherige Politik der Halbheiten aufgeben, damit dem Volke das Durchhalten nicht so schwer, nicht unmöglich werde.

### Aus der Textilindustrie des Auslandes.

Man braucht nicht jedes Wort zu unterschreiben, das der Amerikaner Mr. Banamaker der Leistungsfähigkeit der amerikanischen Baumwollindustrie, in ihrem Bestreben, Amerika vom Pariser Markt loszulösen, gezollt hat, wird aber damit rechnen müssen, daß die amerikanische Baumwollindustrie gegenüber derjenigen des europäischen Kontinents jetzt gewisse Vorteile auf dem Weltmarkt in die Hände bekommt. Augenblicklich liefert ja die amerikanische Textilindustrie große Posten Bekleidungsgegenstände nach Europa und man hofft dort, daß auch nach dem Kriege die Exportmöglichkeit nach europäischen Ländern bestehen bleiben wird. Die amerikanischen Strick- und Wirkwarenfabrikanten sollen große Bestellungen auf Maschinen vergeben, um ihre Betriebe zu vergrößern. Während die Zubehöre für diese beiden Geschäftszweige zum Teil in England beschafft werden sollen, will man in der Stickerei-Industrie, die ebenfalls Betriebsvergrößerungen plant, den Maschinenbedarf in der Schweiz, aber hauptsächlich in Inland, decken, zu welchem Zweck die Stickmaschinen-Industrie Neuanlagen schaffen soll. Selbst in der Weberei, die in einzelnen ihrer Teile Zubehöerzeugung hat, sind Neugründungen vorgezogen.

Nach der von dem „Textile World Record“ geführten Statistik hat sich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Jahre 1914 die Zahl der vorhandenen Textilfabriken um 245 vermehrt, und das waren nur um 15 derartige Neubauten weniger, als durchschnittlich während der vorhergehenden neun Jahre errichtet worden sind. Wie sich diese Neubauten auf die verschiedenen Zweige der Fabrikation im letzten Jahr im Vergleich mit seinen neun Vorgängern verteilt haben, zeigt die folgende Aufstellung:

Fabriken:	1914	1913	1912	1911	1910	1909	1908	1907	1906	1905
Baumwollwaren . . . . .	26	27	57	32	67	80	47	64	74	33
Wollenwaren . . . . .	21	24	24	20	31	47	23	25	56	38
Wirkwaren . . . . .	110	142	122	92	113	105	94	88	103	79
Seidenwaren . . . . .	51	54	46	38	34	37	33	51	36	53
Diverse . . . . .	37	30	36	26	29	20	25	89	34	42
Zusammen . . . . .	245	277	265	208	274	289	222	262	303	245

Während im Jahre 1913 nur 25 Proz. der neuerrichteten Baumwollspindeln auf den Norden und 75 Proz. auf den Süden entfielen, beansprucht der nördliche Teil des Landes für letztes Jahr 44 Proz. der neuen Baumwollspindeln. In den Neu-England-Staaten sind diesmal nur 6 Baumwollwarenfabriken errichtet worden, 4 in Massachusetts und je eine in Connecticut und Rhode Island. Die Mittelstaaten melden 5 solcher neuen Fabriken, nämlich je zwei in New Jersey und Pennsylvania und eine in Maryland, und vom Westen wird der Bau nur je einer Baumwollwarenfabrik in Indiana und Missouri gemeldet. Dagegen hat in üblicher Weise im Süden auch im letzten Jahr sich größere Regsamkeit betriebs Errichtung von Baumwollwarenfabriken gezeigt, und zwar sind folgende Neubauten hinzugekommen:

	Spindeln	Webstühle
Alabama . . . . .	1	5 472
Georgia . . . . .	2	25 000
Kentucky . . . . .	2	2 000
Nordkarolina . . . . .	7	93 700
Südkarolina . . . . .	1	—
Tennessee . . . . .	1	10 000
<b>Total</b>	<b>18</b>	<b>136 172</b>

Wie in den Jahren vorher, sind auch in 1914 die meisten Wirkwarenfabriken in Pennsylvania erbaut worden, nämlich 48, gegen 59 in 1913 und 56 in 1912; dann folgten New York mit 17, Nordkarolina mit 12, New Jersey mit 8, Wisconsin mit 4, Maine und Tennessee mit je 3, Rhode Island und Maryland mit je 2 und Massachusetts, New Hampshire, Delaware, Kalifornien, Illinois, Minnesota, Nebraska, Ohio, Kentucky, Louisiana und West-Virginia mit je einer neuen Wirkwarenfabrik.

Die Erklärung für die sich behauptende starke Erweiterung der amerikanischen Wirkwarenindustrie dürfte in großem Maße die Einführung von gewirkten Artikeln für die männliche wie auch die weibliche Außenkleidung liefern. Die im letzten Jahre neu hinzugekommenen 21 Fabriken für Wollen- und Kammgarnstoffe sind durchgängig kleine Unternehmungen.

Die Seidenindustrie behauptet ihre Eigenständigkeit innerhalb weniger Staaten zu bewegen, und hat sich allein in New Jersey die Zahl solcher Fabriken im letzten Jahre um 19 und in Pennsylvania um 21 vermehrt. Außerdem werden für New York 4 solcher Neubauten gemeldet.

Die nachstehenden Tabellen geben eine Uebersicht über die Tätigkeit in den Baumwollspinnereien des Amtsbezirks des kaiserlichen Konsulats Atlanta während des Geschäftsjahres 1913/14, verglichen mit dem Vorjahr:

Spinnereien.					
Staat	Gesamtzahl	In Betrieb alte	neue	Nicht in Betrieb	Im Bau begriffen
Nordkarolina . . . . .	341	331	4	4	2
Südkarolina . . . . .	189	188	—	1	—
Georgia . . . . .	158	150	—	6	—
Alabama . . . . .	70	68	—	—	2
Tennessee . . . . .	28	19	—	3	1
Zusammen 1912/13	779	756	4	14	5
Zu- u. Abnahme	+ 2	+ 6	+ 3	- 5	- 2

Webstühle.				
Staat	Gesamtzahl	In Betrieb	Nicht in Betrieb	Neu und noch nicht in Betrieb
Nordkarolina . . . . .	65 901	63 594	507	1 800
Südkarolina . . . . .	110 798	110 690	12	96
Georgia . . . . .	43 649	43 085	504	60
Alabama . . . . .	19 004	18 994	—	10
Tennessee . . . . .	5 126	5 126	—	—
Zusammen 1912/13	244 478	241 489	1 023	1 966
Zu- und Abnahme	- 1 242	+ 6 169	- 1 064	- 6 347

Spindeln.					
Staat	Gesamtzahl	In Betrieb alte	neue	Nicht in Betrieb	Neu und noch nicht in Betr.
Nordkarolina . . . . .	3 924 622	3 761 118	10 040	31 212	122 252
Südkarolina . . . . .	4 688 454	4 682 086	—	1 152	5 216
Georgia . . . . .	2 188 800	2 119 588	—	33 088	16 124
Alabama . . . . .	1 093 981	1 079 459	—	—	14 472
Tennessee . . . . .	314 064	286 264	—	5 704	22 096
Zusammen 1912/13	12 189 871	11 928 515	10 040	71 156	180 160
Zu- u. Abnahme	+ 328 298	+ 482 428	+ 8 440	- 40 070	- 122 500

Menge der verbrauchten Baumwolle (in Ballen).					
Staat	Gesamtproduktion des Staates		davon in den Spinnereien d. eig. Landes bearbeitet		in Proz. der Gesamtprodukt.
	1913/14	1912/13	1913/14	1912/13	
Nordkarolina	894 000	974 000	969 723	876 202	100,0
Südkarolina	1 462 000	1 281 000	815 789	781 786	55,8
Georgia	2 454 000	1 920 000	658 725	655 251	26,8
Alabama	1 530 000	1 390 000	290 338	301 561	18,9
Tennessee	518 000	375 000	89 495	82 518	17,3
Zusammen	6 858 000	5 940 000	2 764 100	2 697 348	

In Nordkarolina wird also die Gesamtproduktion des Staates an Baumwolle in den Spinnereien des eigenen Landes bearbeitet, in Südkarolina zu 50-60 Proz. Es ist kein Zweifel, daß die amerikanische Baumwollindustrie in preiswerten Massenartikeln einen großen Absatzzuwachs erlangen wird.

Schwer leidet unter den Folgen des Krieges die italienische Webstoffindustrie, weshalb auch die Textilarbeitervereinigungen und ihre Führer in der Lombardei, in Bergamo und in Turin zu den energischsten Gegnern einer Beteiligung Italiens an dem Kriege gehören. Die bedeutende Baumwollindustrie des Landes, die der Oesterreichs an Umfang

nicht viel nachsteht, ist hauptsächlich auf die Ausfuhr angewiesen, die in den ersten fünf Monaten des Krieges vollständig unterbrochen war und erst jetzt wieder zu heben beginnt. Wenn auch die größeren Betriebe dieses Zweiges fortbestehen, so werden sie doch mit wenigen Ausnahmen erhebliche geldliche Minderergebnisse aufweisen; an Zusammenbrüchen weniger gefestigter Betriebe wird es nicht fehlen. Schwer hat die Wollindustrie des Landes zu leiden, die in der Hauptsache kleine und mittlere Betriebe umfaßt, welche mehr oder weniger den Absatz im Inland suchen. Vielfach in geringem Maße kapitalträchtig, erleiden sie durch sich mehrende Zahlungseinstellungen ihrer Abnehmer Verluste, die nicht alle zu ertragen vermögen. Dazu kommt die Teuerung und der erschwerte Bezug des Rohstoffs. Die bekannte Wollhutindustrie Italiens, deren Erzeugnisse in alle Welt gehen, war teilweise ganz lahmgelegt und arbeitet auch heute unter den schwierigsten Bedingungen. Verhältnismäßig normaler und lohnender Beschäftigung erfreut sich die Zute- und Leinenindustrie, die allerdings die Bedeutung solcher anderer Länder nicht erreicht, und deren Bemühungen, im Krieg eine verstärkte Ausfuhr zu erzielen, durch Ausfuhrverbote durchkreuzt worden sind.										
--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Zum Schluß noch ein Blick auf Rußland

Der Warschauer „Kurjer Warszawski“ schreibt in seiner Nummer vom 28. Dezember:

Die „Wizewija Wiedomosti“ (Börsen-Nachrichten) teilen mit, daß Fabrikanten und Industrielle aus dem Lodzer Textiltrahon, denen es gelungen ist, die wertvollen Maschinen wegzubringen, die Absicht haben, ihre Tätigkeit nach Wilna zu verlegen und dort Filialen oder auch selbständige Unternehmungen zu eröffnen.

Die Schwierigkeit der Versorgung mit Rohstoff wird im russischen Webstoffgewerbe immer größer, so daß schon viele Wolle verarbeitenden Webereien im Innern des Landes, die ihren Betrieb bisher wenigstens noch teilweise aufrechtzuerhalten vermochten, ihn jetzt einstellen genötigt sind.

Vermischtes.

Das Religionsbekenntnis. Die „Zeitschrift des preussischen statistischen Landesamts“ veröffentlichte eine ausführliche Mitteilung über die in Preußen bei der Volkszählung von 1910 ermittelten Religionsbezeichnungen.

Wie viele Konfessions- oder Religionslose wies Preußen auf? Von den Untergruppen dürften hierhin zu rechnen sein:

- 70 154 Dissidenten und freie Dissidenten.
36 727 Konfessionslose.
20 759 mit der Bezeichnung: ohne Religion, religionslos: Atheist, religionsfrei, ohne Glauben, kein Glaubenszwang.
13 224 Freireligiöse.
2 163 Freidenker.

Rechnet man noch einen Teil aus anderen Gruppen hinzu, so würde die Anzahl der Konfessions- bzw. Religionslosen in Preußen auf 150 000—160 000 zu schätzen sein.

Berichte aus Fachreisen.

Chemnitz. Die ordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle des Deutschen Textilarbeiterverbandes fand Freitag, den 26. Februar, im „Volkshaus“ statt.

Auch die Hausagitation wurde in den ersten beiden Quartalen gepflegt. Es wurden über 20 Proz. der Aufgesuchten für die Organisation gewonnen.

In Nr. 58 des „Chemnitzer Tageblattes“ wurde dieser Tage berichtet, daß eine hochangehende Firma der Wirtwarenbranche, der allgemeinen Forderung Rechnung tragend, die seit Oktober gekürzten Gehälter ihrer Beamten wieder erhöht habe.

Reichenbach i. B. Am Freitag, den 19. Februar, hielt unsere Filiale ihre Mitgliederversammlung ab mit dem zeitgemäßen Vortrag: „Die Krankenkassenleistungen während der Kriegszeit“.

Der zweite Punkt war: „Gegenwärtige Lohnverhältnisse bei der Militärarbeit.“ Zum ersten Punkt berichtete Koll. Weithaas über die wichtigsten Teile der Krankenkassenleistungen und deren Leistungen im allgemeinen, die auch hier auf die Regelleistungen herabgesetzt werden mußten, weil im August angelehnt der großen Arbeitslosigkeit an eine Erhöhung der Beiträge nicht gedacht werden konnte.

daß auch in den Vorrichterteilungen die Kriegszeit leider zu Lohnreduktionen benutzt wird. So seien bei Wiederbeginn der Arbeit durch die Firma Rödel u. Thieme den Andreherrinnen die Zeilöhne gekürzt worden.

Rothenhal. Einer unserer ältesten Kämpfer im Verbands, einer der treuesten und aufopferndsten früheren langjährigen Funktionäre ist in dem Drucker Karl Blumtritt dahingegangen.

Briefkasten.

Nr. 379 352. Bei der Zwangsversicherung erlangt man das Anrecht auf Invalidenrente durch 200 Beitragsmarten, bei der Selbstversicherung erst durch 500.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen. Vorstand. Sonntag, den 14. März, ist der 11. Wochenbeitrag fällig. Ortsverwaltungen. Forchheim (Oberfranken). Alle Zuwendungen für die hiesige Filiale, außer Geld, sind an B. Langgut, Bamberger Str. 56, zu adressieren.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder. Barmen. Friedrich Stachel, Bandwirker, 46 J., Lungenleiden. Wilhelm Gasse, Fabrikarbeiter, 36 J., Gehirnleiden.

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen. Berga a. d. Elster. Sonnabend, den 20. März, abends 8 Uhr, im „Schiffenhaus“. Schlotheim. Sonnabend, 20. März. Zahlstellen und Zahltermine. Berlin. (Südost.) Köpender Straße 185 bei Dambel.

Redaktionsluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 13. März

Verlag: Karl Hüsch. — Verantwortlich für die mit dem vernehmen Artikel Hermann Krähig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vormärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.